

Zeit Zeichen

NUMMER 1 MÄRZ 2018 | Magazin der Kath. ArbeitnehmerInnen Bewegung Österreich | 63. Jahrgang | 4 Euro | Jahresabo 17 Euro



MACHT- SPIELE

Umbrüche in Politik und Arbeitswelt



FOTO: PAUL THEODOR SCHREIBER

2



10



12



Klares Votum für UnternehmerInnen
Eine Analyse des Regierungsprogramms
von Martin Risak **Seite 2–4**

Arm im Alter trotz Arbeit? Ingrid Mairhuber
über Frauen und das Pensionssystem **Seite 10–11**

Syrische LehrerInnen für Österreichs Schulen
Der „Zertifikatslehrgang für LehrerInnen mit
Fluchthintergrund“ macht's möglich **Seite 12–14**

Klares Votum für UnternehmerInnen

Eine Analyse des Regierungsprogramms von Martin Risak

Das Ende Dezember 2017 von der ÖVP und FPÖ vorgestellte Regierungsprogramm für den Zeitraum von 2017 bis 2022 mit dem Titel „Zusammen. Für unser Österreich“ ist in mehreren Punkten für die arbeitende Bevölkerung relevant. Grundtenor ist nicht in erster Linie, Antworten auf die Frage der Auswirkungen der Digitalisierung und der fortschreitenden Globalisierung auf die Arbeitswelt zu geben. Es geht vielmehr – unter dem Schlagwort „Wettbewerbsfähigkeit“ – um Maßnahmen zur Senkung der Kosten des Faktors Arbeit und eine Verschiebung der Machtverhältnisse zugunsten der UnternehmerInnen. Eine Analyse des Arbeits- und Sozialrechtlers Martin Risak.

VON: MARTIN RISAK

Der offensichtlichste Punkt ist die bereits medial sehr breit diskutierte Abschaffung der Notstandshilfe in Form der Einführung eines einheitlichen Arbeitslosengeldes NEU. Da dieses nur mehr – anders als die Notstandshilfe bisher – mit Maximalbezugsdauer und einer abnehmenden Leistungshöhe ausgestaltet sein soll, werden damit die Leistungen aus der von ArbeitnehmerInnen und ArbeitgeberInnen finanzierten Arbeitslosenversicherung zurückgefahren. Die ebenfalls vorgesehene Senkung des Arbeitslosenversicherungsbeitrages hat somit den Preis einer Leistungskürzung. Und nach Auslaufen des Arbeitslosengeldes steht dann nur mehr die bedarfsorientierte Mindestsicherung zu, die seit 2017 nicht mehr bundeseinheitlich geregelt ist und bei der die Länder (insbesondere NÖ und OÖ) ebenfalls schon Kürzungen vorgenommen haben. Diese werden nunmehr, ebenso wie die Verpflichtung zur Verwertung von Vermögen, die bei der Notstandshilfe nicht bestand, eine weit größere Gruppe betreffen.

Besonders hart betroffen: Ältere Arbeitslose

Besonders trifft es dabei die Gruppe älterer Arbeitsloser, von denen viele langzeitbeschäftigungslos sind. Um dem entgegenzusteuern wurde Anfang 2017 mit Zustimmung der ÖVP die Aktion 20.000 eingeführt, um im gemeinnützigen Sektor für diese langzeitbeschäftigungslosen Personen, die älter als 50 Jahre sind, mit öffentlichen Mitteln Beschäftigungsmöglichkeiten zu schaffen. Als eine der ersten Maßnahmen der neuen ÖVP-FPÖ-Bundesregierung wurde diese Beschäftigungsaktion mit Ende 2017 ausgesetzt, und ihre Zukunft ist unklar.

Arbeitszeitrecht: Standortnachteil statt soziale Errungenschaft

Der zweite Aspekt ist das Arbeitszeitrecht, das bezeichnenderweise im Kapitel „Wirtschaftsstandort und Entbürokratisierung“ behandelt wird. Damit ist die Stoßrichtung klar: Arbeitszeitrecht wird nicht als soziale Errungenschaft gesehen, sondern als Standortnachteil und soll somit möglichst dereguliert werden. Im Wesentlichen geht es um zwei As-



Martin Risak: „Flexibilisierung - und damit eine Senkung der Arbeitskosten - soll in der Praxis eher stattfinden als bisher.“ FOTO: PAUL T. SCHREIBER

pekte: Einerseits um die Erhöhung der Arbeitszeitgrenze von 10 Stunden pro Tag auf 12 Stunden. Eine schon bislang gar nicht so selten mögliche Ausnahme soll nun die Regel werden. Andererseits ist mehrmals die Verlagerung der Regelungsebene von den Kollektivvertragsparteien auf die Betriebe angesprochen. Nicht mehr auf Branchenebene soll insbesondere über die Durchrechnung der Arbeitszeit, die zum Entfall von Überstundenzuschlägen und somit zu einer Entgeltreduktion führt, entschieden werden, sondern in einer Vereinbarung mit dem Betriebsrat. Dieser hat ein viel schwächeres Verhandlungsgewicht als die die Kollektivverträge abschließenden Gewerkschaften. Und, falls es keinen Betriebsrat gibt, soll sogar eine Vereinbarung mit den einzelnen ArbeitnehmerInnen möglich sein, was eine Zustimmung zu einer Verschlechterung der Arbeitsbedingungen ohne Ausgleichsmaßnahmen noch wahrscheinlicher macht.

Mehr Flexibilisierung zugunsten von UnternehmerInnen

Das Ziel ist klar: Flexibilisierung - und damit eine Senkung der Arbeitskosten - soll in der Praxis eher stattfinden als bisher. Ansatzpunkte dafür, dass diese Flexibilisierung auch im Interesse der ArbeitnehmerInnen stattfinden soll [Seite 4 ▶](#)

EDITORIAL

ZUR PERSON

Elisabeth Ohnemus ist Germanistin, Theologin und diplomierte Sozialarbeiterin.

Sie ist derzeit tätig als Pressereferentin der Katholischen Frauenbewegung Österreichs, als freie Journalistin und in der Erwachsenenbildung mit Schwerpunkt „politische Bildung“.

FOTO: PAUL SCHREIBER



„Machtspiele“

Die neue Regierung rührt um – mit Vorstellungen, Initiativen und gesetzlichen Änderungen, die auch Arbeitswelt und ArbeitnehmerInnen massiv betreffen. Es geht da etwa um die Abschaffung der Notstandshilfe, die Streichung der Aktion 20.000 für ältere Arbeitslose, die Verschärfung der Zumutbarkeitsbestimmungen bei der Vermittlung von Arbeitslosen durch das AMS, Kürzungen beim AMS, den Umgang mit GeringverdienerInnen im Zusammenhang mit dem Kinderbonus – dies nur einige Stichworte. Martin Risak, ao. Universitätsprofessor am Institut für Arbeits- und Sozialrecht der Universität Wien, kommt bei seiner Analyse des Regierungsprogramms von ÖVP und FPÖ (S. 2 – 4) zum Schluss: „Es geht... – unter dem Schlagwort „Wettbewerbsfähigkeit“ – um Maßnahmen zur Senkung der Kosten des Faktors Arbeit und eine Verschiebung der Machtverhältnisse zugunsten der UnternehmerInnen“. Und Veronika Borhn Mena, GPA-djp-Interessenvertreterin mit Schwerpunkt atypische und prekäre Arbeit, ist überzeugt: „Regierung plant Hartz 4 für Österreich“ (S. 5). Auch KABÖ-Vorsitzender Philipp Kuhlmann zieht in seinem Kommentar (S. 6) keine positive Bilanz: „Ich erlebe die Vorhaben der gegenwärtigen Regierung ... als Generalangriff auf zahlreiche Einrichtungen und Regelungen, die ich in meiner Arbeit als sehr sinnvoll und hilfreich erlebe. Seien es die Einrichtungen zum ArbeitnehmerInnenschutz, die Pflicht, den gültigen Kollektivvertrag im Betrieb aufzulegen, die Höhe der Beiträge zu Unfallversicherung und Arbeiterkammer etc. Hier wird durch die Regierung gezielt angegriffen, was über Jahrzehnte aufgebaut wurde.“

Besonders prekär war und ist die Situation für Frauen am Arbeitsmarkt – und infolge der Bedingungen, unter denen sie ein Erwerbsarbeitsleben durchlaufen, die Situation im Alter, in der Pension: „Arm im Alter trotz Arbeit?“ titelt die Politikwissenschaftlerin Ingrid Mairhuber, Mitarbeiterin der Wiener Forschungs- und Beratungsstelle Arbeit (FORBA), ihren Beitrag (S. 10 – 11): Ein leistungsgerechtes Pensionssystem sollte nicht nur auf Erwerbsarbeit abstellen, sondern die gesellschaftlich notwendige, aber unbezahlte Versorgungsarbeit stärker berücksichtigen, so Mairhubers Plädoyer. Außerdem brauche es eine neue, (geschlechter-)gerechte Verteilung von Erwerbsar-

beit – ein Konzept, das die KABÖ mit ihrer 2017 erfolgten Positionierung zur Einführung einer 30-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich aktiv verfolgt. Sie findet sich, leicht variiert, auch im Katalog der Forderungen des Frauenvolksbegehrens, das laut Presseaussendung der KABÖ zum Internationalen Frauentag am 8. März (S. 8 – 9) „in hervorragender Weise“ zusammenfasse, „was es braucht, um zu einer zeitgemäßen, menschen- und geschlechtergerechten Gestaltung der Arbeitswelt zu gelangen“. Wie die Arbeit der KAB in den Diözesen Wien und Graz-Seckau unter den neuen politischen Vorzeichen ausschaut, ist auf den Seiten 16 – 19 zu erfahren, u.a. in einem Bericht über den Vikariatstag in Lanzenkirchen mit dem Ökonomen und Mitinitiator der Initiative „christlich geht anders“ Stephan Schulmeister oder der Präsentation des Spiels „christlich geht anders“ durch die Wiener katholische Frauenbewegung und KAB. Und wie es konkret „anders“ gehen kann, wie beispielsweise die Integration von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt funktionieren kann, zeigt das Beispiel des an der Universität Wien gegenwärtig laufenden Zertifikatslehrgangs für LehrerInnen, die als Flüchtlinge nach Österreich gekommen sind (S. 12 – 14).

Der Amstettner Betriebsseelsorger Franz Sieder bleibt seinem jahrzehntelangen Bekenntnis jedenfalls treu: „Mein Herz schlägt links“ lautet der Titel einer neuen Publikation von Sieder, die anlässlich seines 80. Geburtstags im Jänner veröffentlicht wurde, und dem Appell zu einer „linken“ Politik, die allein eine „christliche“ Politik – auch im Sinne von Papst Franziskus – sein könne, ist auch sein Kommentar in diesem Heft gewidmet (S. 7)

Franz Sieder eröffnet mit seinem Beitrag eine neue Kommentarreihe in ZeitZeichen, die von unterschiedlichen BetriebsseelsorgerInnen getragen sein wird. Ebenfalls neu an Bord, jedenfalls als Stammgast für das Jahr 2018, ist die Kommentatorin Veronika Bohrn Mena. Die Redaktion von ZeitZeichen begrüßt sie hiermit herzlich und dankt ebenso herzlich den beiden langjährigen, scheidenden Kommentatoren Fritz Krull und Ernst Pöschl, denen sie auch weiter verbunden bleibt.

IMPRESSUM

Medieninhaberin (Verlegerin): Kath. Arbeitnehmer - Bildungs- und Hilfswerk Österreich, 1010 Wien, Spiegelgasse 3/2/6 Herausgeberin: Katholische ArbeitnehmerInnen Bewegung Österreich, Spiegelgasse 3/2/6, 1010 Wien; 01/51552-3350, kab.office@kaoe.at Geschäftsführerin: Maria Etl Chefredakteurin: Mag.a Elisabeth Ohnemus Redaktionsteam: Mag.a Gabriele Kienesberger, Philipp Kuhlmann Verwaltung/Anzeigen: Monika Schwarz Layout: Karin Weiß, weisskarin@gmx.at Hersteller und Expedit: Druckerei Wograndl/Mattersburg, Verlagsort Mattersburg Bankverbindung: Schelhammer & Schattera, BIC: BSSWATWW IBAN: AT93 1919 0000 0012 0659 Hinweis: Interessiert an einer Anzeige in ZeitZeichen? Informationen über Anzeigengrößen und -preise erhalten Sie im Büro der KABÖ unter 01/51552-3350

OFFENLEGUNG

Offenlegung im Sinne des § 25 des Bundesgesetzes über die Presse und andere publizistische Medien (BGBl. Nr.314/1981) Medieninhaberin (Verlegerin): Kath. Arbeitnehmer - Bildungs- und Hilfswerk Österreich, 1010 Wien, Spiegelgasse 3/2/6 Geschäftsführung: Maria Etl; Vorstand: Margarete Bliem, Barbara Holzer, Bruno Holzhammer, Mag. Heinz Mittermayr, Monika Schwarz Grundlegende Richtlinien des Mediums: Religiöse, soziale und kulturelle Information von ArbeitnehmerInnen



► (z.B. in Form eines Rechts auf Reduktion oder auch Aufstockung der Arbeitszeit sowie arbeitnehmerInnenseitige Einflussnahme auf Dienstplangestaltungen) finden sich hingegen gar nicht. Dabei sieht sogar ein aktueller Richtlinienvorschlag der Europäischen Kommission Schritte in diese Richtung vor.

Kein Jugendvertrauensrat mehr

Ein Detail, das gerade in Gewerkschaftskreisen zu Kritik geführt hat, ist die Abschaffung des Jugendvertrauensrates im Zuge der Absenkung des aktiven Wahlalters für Betriebsratswahlen von 18 auf 16 Jahre. Diese allein ist eine sinnvolle Maßnahme, war es doch schwer nachvollziehbar, dass zwar mit 16 Jahren der Nationalrat gewählt werden konnte, nicht jedoch der Betriebsrat. Dass der von den jugendlichen ArbeitnehmerInnen bislang zu ihrer speziellen Interessenvertretung gegenüber dem Betriebsrat gewählte Jugendvertrauensrat nunmehr gänzlich entfallen soll, erscheint hingegen überschießend. Dies nimmt nämlich dieser Gruppe die Möglichkeit, als InteressenvertreterInnen aktiv zu sein und früh derartige Erfahrungen zu sammeln. Sinnvoller wäre meines Erachtens eine entsprechende Berücksichtigung von Jugendlichen - und idealerweise auch von Frauen - entsprechend der betrieblichen Verhältnisse bei der Betriebsratszusammensetzung im Zuge der Listenerstellung gewesen, um deren besondere Interessen zu berücksichtigen.

ZUR PERSON

Martin Risak ist außerordentlicher Universitätsprofessor am Institut für Arbeits- und Sozialrecht und forscht derzeit vor allem zu den arbeitsrechtlichen Aspekten der Digitalisierung.

FOTO: MARTIN RISAK

Leuchtturmprojekt vorweggenommen

Die noch im Wahlprogramm der ÖVP als Leuchtturmprojekt konzipierte Vereinheitlichung der ArbeiterInnen und Angestellten wurde ja knapp vor der Wahl mit Stimmen der SPÖ, FPÖ und Grünen eigentlich vorweggenommen. Übrig geblieben ist neben der Schaffung eines modernen einheitlichen ArbeitnehmerInnenbegriffes nur mehr das kollektive Arbeitsrecht in Form des Entfalls der eigenen Betriebsräte für ArbeiterInnen und Angestellte. Die wirklichen Hürden liegen nunmehr im Kollektivvertragswesen, das ja unterschiedliche Regelungen für ArbeiterInnen und Angestellte kennt.

Wesentliche Zukunftsthemen ausgespart

Gar keine Antworten finden sich auf die Fragen, die durch die Veränderungen durch die Digitalisierung der Arbeitswelt aufgeworfen werden: Wie gehen wir mit entgrenzter Arbeit (Home Office und Mobile Working sowie der für ArbeitnehmerInnen extrem belastenden Dauererreichbarkeit) um? Hier wäre vor allem ein Recht auf Nichterreichbarkeit wesentlich. Auch zur Frage des sogenannten plattformbasierten Arbeitens (dem sogenannten Crowdwork wie dies z.B. durch Plattformen Amazon's Mechanical Turk oder Uber organisiert wird) gibt es gar keine Lösungsansätze. Die Problematik der Zunahme von schutzbedürftigen Ein-Personen-UnternehmerInnen wird ebenfalls nicht angesprochen. Damit sind im aktuellen Regierungsprogramm wesentliche Zukunftsthemen ausgespart, die andernorts und auch auf internationaler Ebene bereits intensiv diskutiert werden. Eine vertane Chance, hier Österreich als Land mit innovativen Lösungen für Zukunftsfragen zu platzieren.

KOMMENTAR

ZUR PERSON

Veronika Bohrn Mena ist in der GPA-djp Interessenvertretung tätig. Sie ist Vorsitzende der Plattform Generation Praktikum und beschäftigt sich schwerpunktmäßig mit atypischer und prekärer Arbeit. Sie wird 2018 für „ZeitZeichen“ regelmäßig Kommentare zu Themen aus der Arbeitswelt verfassen. FOTO: VERONIKA BOHRN MENA



Etikettenschwindel „Arbeitslosengeld Neu“

Regierung plant System Hartz 4 für Österreich

Es drohen schmerzhaft Einschnitte bei der sozialen Absicherung, die nicht weniger umfassen als einen Angriff auf Rechte, Würde und Eigentum von Arbeitslosen. Eckpunkte sind ihre Bestrafung, Disziplinierung und letztlich Enteignung. Gleichzeitig wird das Budget der aktiven Arbeitsmarktpolitik des AMS um ein Drittel gekürzt und die schwierige Ausgangssituation für Arbeitssuchende weiter erschwert.

Im Dezember 2017 kamen auf 443.481 Arbeitssuchende nur 54.818 offene Stellen, im Schnitt also mehr als acht BewerberInnen auf einen freien Arbeitsplatz. Es gibt also schlicht nicht genug freie Stellen für alle Arbeitssuchenden. Besonders leiden darunter ältere Menschen, junge BerufseinsteigerInnen und Menschen mit Migrationsgeschichte, weil sie es bei der Arbeitssuche am schwersten haben. Und auch für Erwerbstätige hat dies mitunter spürbare Konsequenzen. Steigender Leistungsdruck und forcierte Konkurrenz unter der Belegschaft drängen Beschäftigte dazu, zunehmend unter prekären Bedingungen zu arbeiten. Weil ein mieser Job immer noch besser ist als kein Job. Weil sich die meisten eben nicht „durchschummeln“ wollen, wie ÖVP und FPÖ das unterstellen, sondern arbeiten wollen.

Atypische Beschäftigungsformen wie befristete Verträge, Leiharbeit, Scheinselbstständigkeit und Teilzeit sind auf dem Vormarsch. Mehr als ein Drittel der unselbstständig Erwerbstätigen ist nur „instabil beschäftigt“, sie arbeiten nicht einmal ein Jahr durchgehend beim gleichen Arbeitgeber. Mehr als zehn Prozent der Beschäftigten befürchten daher nicht ganz unbegründet, dass sie innerhalb der nächsten sechs Monate ihren Arbeitsplatz verlieren werden - unter den 15 bis 24-Jährigen sind es fast 16 Prozent. Diese Situation wird die Regierung mit ihren Maßnahmen weiter verschärfen.

Doch anstatt diejenigen, die es auf der Suche nach Arbeit besonders schwer haben, zu unterstützen, streicht die Regierung

Förderprogramme wie zuletzt die „Aktion 20.000“ und kürzt dem AMS das Budget für die aktive Arbeitsmarktförderung insgesamt sogar um ein Drittel. Und als wäre das für Arbeitslose nicht bereits schlimm genug, folgt laut Regierungsprogramm nun Bestrafung statt Hilfe. Die Zumutbarkeitsbestimmungen sollen verschärft, der Berufsschutz aufgehoben und die Notstandshilfe durch die Mindestsicherung ersetzt werden.

Das bedeutet, dass Arbeitslose, die nicht schnell genug einen neuen Job finden, durch die Streichung der Notstandshilfe künftig ihren gesamten Besitz verlieren könnten. Denn der Bezug der Mindestsicherung beinhaltet auch den Zugriff des Staats auf das private Vermögen. Die eigene Wohnung oder das kleine Haus, das Familienauto, das Ersparte – alles was über der jederzeit absenkbaren Grenze von je nach Bundesland rund 4.200 Euro liegt, kann für den Bezug der Mindestsicherung gegengerechnet werden. Bislang verhinderte die Notstandshilfe, dass Menschen in Notlagen und ältere oder kranke Arbeitslose ihr Eigentum und wichtige Beitragszeiten für die Pension verlieren. Durch die verschärften Zumutbarkeitsbedingungen sollen künftig Anfahrtszeiten von bis zu zwei Stunden zum Arbeitsort oder gar der Umzug ans andere Ende Österreichs als zumutbar gelten.

Die angedachten Maßnahmen stürzen potentiell Hunderttausende ins Elend und fördern durch scharfen Druck auf Arbeitslose und Beschäftigte die weitere Ausbreitung von schlecht bezahlten und prekären Arbeitsverhältnissen. Die Folgen sind bereits in Deutschland dokumentiert: verhärtete Langzeitarbeitslosigkeit, ein boomender Niedriglohnsektor und steigende Armut. Knapp 170.000 Personen bezogen 2016 im Schnitt in Österreich 750,30 Euro Notstandshilfe, für sie würde die Kürzung einen Einkommensverlust von bis zu 2300 Euro pro Haushalt bedeuten. Wollen wir das wirklich?

KOMMENTAR

ZUR PERSON

Philipp Kuhlmann, Betriebsratsvorsitzender in einem Handelsunternehmen, ehrenamtlicher Vorsitzender der Katholischen ArbeitnehmerInnenbewegung Österreich und in der Erzdiözese Wien. **FOTO:** IOULIA KONDRATOVITCH



Reformen ...?

Seit meinem letzten Kommentar im Oktober hat sich an der Situation der KABÖ wenig geändert. Wir haben weiterhin keine Bundessekretärin und versuchen den Betrieb irgendwie aufrecht zu erhalten. Dass die Bearbeitung von Anfragen derzeit teilweise länger dauert, ist nicht zu vermeiden. Dennoch: Ich sehe es weiterhin als sehr positiv, dass es Reformen innerhalb der kirchlichen Strukturen im Laienapostolat geben soll. Die Herangehensweise scheint mir durchdacht und bezieht die Betroffenen mit ein. Die Strukturen sollen bei der Arbeit unterstützen, sind aber nicht mehr auf der Höhe der Zeit und erfüllen ihren Zweck in meinen Augen nicht mehr optimal. Auch dass Katholischer Laienrat, Katholische Aktion, etc. besser zusammenarbeiten könnten, steht für mich außer Frage. Ich freue mich, wenn wir Synergien finden und nützen können. Weniger Zeit für interne Diskussionen aufbringen zu müssen und mehr inhaltliche Arbeit ermöglichen zu können: das wäre höchst notwendig.

So wäre es sinnvoll, über das Frauenvolksbegehren zu diskutieren. Wir konzentrieren uns dabei auf unsere Themen, und ich sehe, dass sich einige Forderungen mit unseren eigenen decken. So findet sich auch im Frauenvolksbegehren die 30-Stunden-Woche. Sie wird heftig diskutiert (und das ist gut so) und zum Beispiel in einem Leserbrief an die KABÖ mit unverständlichen Argumenten bekämpft: da werden die Arbeitszeiten in Entwicklungsländern ins Treffen geführt oder Agrarprodukte aus Südamerika zum Thema gemacht. Wie das gegen eine 30-Stunden-Woche sprechen kann, ist mir unverständlich. Zwischen Kontinenten stellt die Arbeitszeit kaum einen Wettbewerbsfaktor dar. Bei Monatslöhnen um 30 EUR in der Textilindustrie in Bangladesch ist die Arbeitszeit vollkommen nebensächlich. Die 30 EUR sind einfach so außerhalb jeder vernünftigen Relation, und das schon auf lokaler Ebene bei Lebenshaltungskosten in Dhaka von 100 EUR im Monat und einer zweistelligen Inflationsrate. Hier werden grundsätzlich richtige und wichtige Anliegen wie globale Gerechtigkeit gegen eine Initiative angeführt, die einfach nichts damit zu tun hat.

Viele erklären, dass die 30-Stunden einfach nicht machbar sind, während andere es schon machen. Die Firma eMagnetix in Oberösterreich hat sie nach zweimonatigem erfolgreichem Test bereits eingeführt (ebenso wie Makava). Der Versuch in einem Pflegeheim in Göteborg (Schweden) war überaus erfolgreich und wurde nicht wegen eines Misserfolgs eingestellt, sondern war von Anfang an zeitlich befristet. Das Beispiel der

5er-Schicht in der Voest, über das wir auch berichtet haben, zeigt, dass Arbeitszeitverkürzung auch in einem Konzern, der international agiert und international in Konkurrenz steht, möglich ist.

Kürzere Arbeitszeit dient der Gesundheit, erleichtert persönliche Entwicklung und Entfaltung, ermöglicht bessere Verteilung von Erwerbs- und anderen Arbeitsformen wie Pflege etc.

Wichtig ist jedenfalls, den Menschen in den Mittelpunkt zu stellen. Er muss „Träger, Schöpfer und Ziel aller gesellschaftlichen Einrichtungen sein“, wie schon Papst Johannes XXIII. 1961 feststellte (Mater et magistra, 219).

Dass wir derzeit in eine andere Richtung geführt werden, zeigen Debatten über den 12-Stunden-Tag, die Rücknahme des Schutzes für Menschen, die nicht rauchen, etc. Hier wird Politik gegen die Gesundheit der Menschen gemacht. Wenn dann ein Vertreter der Wirtschaftskammer bei einer Diskussion meint, dass keine soziale Einrichtung unantastbar wäre und man überprüfen müsse, ob sie treffsicher sei und überhaupt den gewünschten Effekt hätte, ist das meiner Meinung nach vollkommen legitim. Ich erlebe die Vorhaben der gegenwärtigen Regierung allerdings als Generalangriff auf zahlreiche Einrichtungen und Regelungen, die ich in meiner Arbeit als sehr sinnvoll und hilfreich erlebe. Seien es die Einrichtungen zum ArbeitnehmerInnenschutz, die Pflicht, den gültigen Kollektivvertrag im Betrieb aufzulegen, die Höhe der Beiträge zu Unfallversicherung und Arbeiterkammer etc. Hier wird durch die Regierung gezielt angegriffen, was über Jahrzehnte aufgebaut wurde. Das ist meiner Ansicht nach auch Hintergrund des Bestrebens von Justizminister Josef Moser, wenn er sämtliche vor dem 1. Jänner 2000 kundgemachten Gesetze und Verordnungen des Bundes aufheben möchte (außer die zuständigen Ministerien bestehen auf deren Fortbestand). Weiters fordert das Regierungsprogramm an mehreren Stellen, österreichische Regelungen, die über dem EU-Niveau liegen und somit mehr Schutz und Rechte bieten, auf das Niveau der EU-Richtlinien abzusenken.

Im Regierungsprogramm kommt das Wort „christlich“ zweimal vor. Nie im Zusammenhang mit „christlich-sozial“, was zumindest die theoretische Grundlage einer der beiden Regierungsparteien war. Ich komme wieder einmal zu dem Schluss: „christlich geht anders“. Haben Sie schon unterschrieben?

www.christlichgehtanders.at

KOMMENTAR

ZUR PERSON

Franz Sieder war lange Jahre Betriebsseelsorger für die ArbeitnehmerInnen des niederösterreichischen Mostviertels. Seit 1989 ist Franz Sieder Geistlicher Assistent von Pax Christi und Mitglied des Bundesvorstands der „Aktionsgemeinschaft für Christentum und Sozialdemokratie“ (ACUS). **FOTO:** FRANZ SIEDER



Eine christliche Politik kann nur eine „linke“ Politik sein

Ich produziere regelmäßig Plakate und gebe sie in einen Schaukasten am Bahnhof Amstetten. Gleich nach der Nationalratswahl war ein Plakat mit folgendem Text im Schaukasten: „Bitte warm anziehen, denn es kommt Schwarz-Blau“. Der Politologe Emmerich Talos hat nun im Februar in Amstetten einen Vortrag gehalten zum Thema: „Die soziale Kälte zieht ins Land ein“. Für mich ist die wichtigste Unterscheidung bei den Parteien, ob sie in ihrer Grundintention eine Politik für die Reichen machen oder eine Politik für die Schwachen der Gesellschaft. Die Parteien, die jetzt an der Macht sind, machen beide eindeutig eine Politik, von der die Reichen profitieren. Das kommt schon dadurch zum Ausdruck, dass sie eine Vermögens- und Erbschaftssteuer konsequent ablehnen. Wenn sie sich nicht das Geld von den Reichen holen, die es im Überfluss haben, dann wird es unweigerlich zum Sozialabbau kommen. Und es wird auch gespart werden, wenn es darum geht, die Umwelt zu schützen. Eine solche Politik ist eindeutig eine unchristliche Politik, und unsere Kirche sollte sich wehren, wenn für diese Politik das Wort „christlich“ verwendet wird. Papst Franziskus kehrt dieser rechten Politik den Rücken, weil er, so wie Jesus, hundertprozentig parteiisch ist für die Armen und Schwachen der Gesellschaft. Auch der Münchner Kardinal Reinhard Marx sagte vor Kurzem in einem Interview, dass wir mehr Marxismus brauchen, um den ungehemmten, Menschen zerstörenden Kapitalismus in die Schranken zu weisen. Wir sollen keine Angst vor „links“ haben. Wenn „links“ heißt, auf der Seite

der Schwachen der Gesellschaft zu stehen, und wenn „links“ heißt, sich einzusetzen für ein Mehr an Gerechtigkeit, dann kann eine christliche Politik nur eine „linke“ Politik sein.

Franz Sieder

Am 13. Jänner dieses Jahres feierte Franz Sieder, Urgestein der österreichischen Betriebsseelsorge, seinen 80. Geburtstag. Mit dem Text auf dieser Seite hat er eine Kommentarreihe eröffnet, in der verschiedene BetriebsseelsorgerInnen als KommentatorInnen die LeserInnen von „ZeitZeichen“ durch dieses Jahr begleiten werden. Franz Sieder hat durch Jahrzehnte nur eine Botschaft gehabt: „den Menschen lieben“, also „für Gerechtigkeit kämpfen“, also „politisch aktiv sein“, und zwar „links“. Zu seinem 80. Geburtstag ist eine Publikation erschienen, die Predigten und Ansprachen enthält, mit denen Franz Sieder seine Botschaft zu zahllosen Anlässen unter die Menschen gebracht hat: „Mein Herz schlägt links“. Die Redaktion von „ZeitZeichen“ dankt Franz Sieder für sein jahrzehntelanges Engagement im Sinne dessen, was auch Papst Franziskus vermittelt, der, so Franz Sieder im Klappentext zu seinem Buch, wie Jesus auch ein „Linker“ sein muss – denn: „Links sein heißt für mich, aufseiten der Schwachen der Gesellschaft zu stehen, und links sein heißt für mich auch, sich einzusetzen für ein Mehr an Gerechtigkeit in dieser Welt“. Alles Gute und Gottes Segen nachträglich zum 80. Geburtstag!

„Jesus ist es vorrangig darum gegangen, dass auf unserer Welt das Reich Gottes wächst und sich verwirklicht. Unter Reich Gottes hat er das Wachsen von Gerechtigkeit, Solidarität, Frieden und einem menschenwürdigen Leben für alle Menschen unserer Erde verstanden. Ohne Politik ist diese Verwirklichung des Reiches Gottes auf unserer Erde nicht möglich. Ich möchte dazu sagen: Ohne linke Politik ist die Realisierung des Reiches Gottes nicht möglich. Barmherzigkeit allein ist zu wenig, um dem Auftrag von Jesus gerecht zu werden. Wir brauchen auch Gerechtigkeit. Gerechtigkeit aber verlangt eine Änderung unserer Wirtschaftsstrukturen. Gerechtigkeit ist in Strukturen gegossene Liebe und kann nur durch die Politik realisiert werden. Dieses Buch soll Ihnen helfen, das Christsein in einer neuen Dimension zu sehen und zu leben.“ Franz Sieder

Franz Sieder: **Mein Herz schlägt links**
Hrsg. in Maria Honsig, guernica-Verlag
Linz, 2017, ISBN 978-3-9503578-9-9
Preis: € 7,-





Margit Savernik: „Die Denk- und Handlungsansätze der KABÖ finden sich in den Forderungen des Frauenvolksbegehrens nach einer ‚gerechten Arbeitswelt‘ nahezu vollinhaltlich wieder.“ **FOTO: PAMELA RUSSMANN**

KABÖ begrüßt Frauenvolksbegehren

Die sozialpolitischen Forderungen sind wesentliche Faktoren für eine gerechtere Arbeitswelt

Weitreichende Unterstützung findet das aktuelle Frauenvolksbegehren in Kreisen der Katholischen ArbeitnehmerInnen-Bewegung Österreichs. „Das Frauenvolksbegehren fasst in hervorragender Weise zusammen, was es braucht, um zu einer zeitgemäßen, menschen- und geschlechtergerechten Gestaltung der Arbeitswelt zu gelangen“, so Philipp Kuhlmann, Vorsitzender der KABÖ. „Die Denk- und Handlungsansätze der KABÖ finden sich in den Forderungen des Frauenvolksbegehrens nach einer ‚gerechten Arbeitswelt‘ nahezu vollinhaltlich wieder“, meint auch die stellvertretende KABÖ-Vorsitzende Margit Savernik. Sie freue sich, dass mit dem Frauenvolksbegehren weitere Allianzen auf dem Weg zu einer gerechten Arbeitswelt geschaffen wurden: „Wir gratulieren den BetreiberInnen und allen, die das Volksbegehren unterstützen, dazu, bereits jetzt schon eine Befassung des Nationalrats mit den darin enthaltenen Forderungen erreicht zu haben. Das Frauenvolksbegehren bringt auch uns als KAB mit unseren Forderungen voran.“

Kuhlmann bezieht sich in erster Linie auf die Forderung nach einer Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche mit dem Ziel der schrittweisen gerechten Verteilung von vorhandener Erwerbsarbeit einerseits sowie notwendiger unbezahlter Sorgearbeit andererseits auf Frauen

und Männer: „Die KABÖ ist 2017 mit ihrer Positionierung zur Einführung einer 30-Stunden-Woche noch ein wenig weiter gegangen, indem sie – anders als das Frauenvolksbegehren – begleitend nicht nur einen generellen, sondern den vollen Lohn- und Personalausgleich fordert.“

Die Beweggründe sind dieselben: die zu verteilende Erwerbsarbeit wird immer weniger.“ Neu geschaffene Arbeitsplätze in der Eurozone seien jetzt schon fast ausschließlich Teilzeitjobs, Digitalisierung und weitere Automatisierung verknappen das Erwerbsarbeitsangebot noch mehr. „Frauen,

immer schon im Abseits der Erwerbsarbeit, drohen noch weiter abgedrängt zu werden“, so Kuhlmann.

Gegenwärtig wird in Österreich die unbezahlte Haus- und Sorgearbeit zu zwei Dritteln von Frauen verrichtet. 80 Prozent der Teilzeitbeschäftigten sind Frauen. Frauen arbeiten überwiegend in Niedriglohnbranchen. „KritikerInnen einer Arbeitszeitverkürzung halte ich im Sinne des Frauenvolksbegehrens auch entgegen, dass ein geringeres Stundenausmaß an Erwerbsarbeit mehr Leistungsfähigkeit bedeutet, die Qualität von Arbeit erhöht, Raum für Kreativität und Innovation schafft sowie das Krankheitsrisiko und damit Gesundheitskosten senkt“, so die stellvertretende KABÖ-Vorsitzende Margit Savernik. Arbeitszeitverkürzung wirke also durchaus im Interesse der Wirtschaft.

Der eklatante Einkommensunterschied zwischen Frauen und Männern in Österreich - einer der höchsten im EU-Vergleich - ist ein weiterer Punkt, bei dem Analysen und Forderungen der KABÖ mit denen des Frauenvolksbegehrens übereinstimmen: „Es braucht eine Lohntransparenz, es braucht Maßnahmenpläne zum Abbau von Einkommensunterschieden bei gleichwertiger

Arbeit, es braucht soziale und wirtschaftliche Maßnahmen, um die massiven Lohnunterschiede zwischen verschiedenen Arbeitsmarktsegmenten, Branchen und betrieblichen Hierarchien einzudämmen und ausgewogene Geschlechterverhältnisse in allen Branchen und auf allen Ebenen herzustellen“, bekräftigen Kuhlmann und Savernik gemeinsam die Forderungen des Frauenvolksbegehrens.

Zu begrüßen wären überdies Maßnahmen wie die Koppelung von öffentlicher Auftragsvergabe und Förderungen an Aktivitäten zur Gleichstellung im Betrieb oder auch Pilotprojekte im öffentlichen Dienst, die zeigen, wie objektive Bewertung von Arbeit funktionieren und Vorbildwirkung entfalten kann. Regelungen zur gerechten Verteilung von Teilhabechancen von Frauen und Männern in der Arbeitswelt seien ein Schlüssel zur gerechten Verteilung von Teilhabechancen generell, so Kuhlmann: „Die Ausgestaltung der Arbeitswelt ist ein Spiegel unseres ökonomischen und sozialen Selbstverständnisses. Und das Ziel heißt da für uns wie für die Betreiberinnen des Frauenvolksbegehrens: Sicherung eines guten Lebens für alle“.



FOTO: PAMELA RUSSMANN

INFO

Diese Stellungnahme zum Frauenvolksbegehren hat die Katholische ArbeitnehmerInnen-Bewegung anlässlich des Internationalen Frauentags am 8. März 2018 in einer Presseausendung veröffentlicht. Weitere Informationen zum Frauenvolksbegehren: www.frauenvolksbegehren.at



Am 20. Jänner informierten sich KAB-Frauen aus Niederösterreich, Oberösterreich und Wien im Rahmen eines Studientages in St. Pölten bei Andrea Hladky, der Obfrau des Vereins Frauenvolksbegehren 2.0, über Inhalte, Zugänge und nächste Schritte des Frauenvolksbegehrens.

FOTO: MARGARETE BLIEM

Arm im Alter trotz Arbeit?

Frauen und das österreichische Pensionssystem

Obwohl Frauen ein Leben lang arbeiten, sind sie im Alter oft armutsgefährdet oder finanziell abhängig. Ein leistungsgerechtes Pensionssystem sollte nicht nur auf Erwerbsarbeit abstellen, sondern die gesellschaftlich notwendige, aber unbezahlte Versorgungsarbeit stärker berücksichtigen. Ein Plädoyer der Politikwissenschaftlerin Ingrid Mairhuber, Mitarbeiterin der Forschungs- und Beratungsstelle Arbeitswelt (FORBA).



Ingrid Mairhuber: „Viele Frauen sind im Alter von ihren Ehemännern, anderen Familienmitgliedern oder auch von weiteren Sozialleistungen abhängig.“ FOTO: FOTOBIX/PIXELIO

Erwerbsarbeit ist in Österreich immer sehr ungleich zwischen Frauen und Männern verteilt, vor allem dann, wenn Kinder zu betreuen oder Angehörige zu pflegen sind. Frauen unterbrechen ihre Erwerbstätigkeit oder schränken ihre Arbeitszeiten ein, auf die Erwerbsarbeit der Männer hat dies kaum Auswirkungen. 2016 betrug die Teilzeitquote der 25- bis 49-jährigen Frauen mit Kindern knapp über 75% (!), die der gleichaltrigen Männer mit Kindern nur 6,9%. 2017 beteiligten sich zwar bereits mehr als 19% der Väter am Bezug des Kinderbetreuungsgelds und unterbrachen dafür zum Teil auch ihre Erwerbstätigkeit. Da Väter in der Regel aber nur für kurze Zeit, sprich ein paar Monate Kinderbetreuungsgeld beanspruchen, Mütter aber häufig ein bis

zwei Jahre beträgt die Väterbeteiligung insgesamt nur 4,3%. Auch die Betreuung und Pflege von Angehörigen schränkt die Erwerbstätigkeit von Frauen viel stärker ein als die von Männern. In Österreich betreuen rund 436.000 Personen im erwerbsfähigen Alter hilfebedürftige Angehörige. 46% dieser Personen gehen einer Vollzeitbeschäftigung nach, wobei der Frauenanteil 45% beträgt; 20% sind Teilzeit beschäftigt, darunter sind sogar 90% Frauen, und 33% sind ohne Beschäftigung; auch hier ist der Frauenanteil mit 70% sehr hoch.

Frauen verdienen weniger, selbst dann, wenn sie Vollzeit arbeiten

Der Einkommensunterschied zwischen Frauen und Männern ist in Österreich

im EU-Vergleich sehr hoch. 2015 verdienten unselbständig beschäftigte Frauen im Jahr brutto um mehr als 38% weniger als Männer. Nach Abzug von Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen sinkt der Einkommensnachteil der Frauen, beträgt aber immer noch etwas mehr als 31%. Ein Teil dieses Einkommensunterschiedes kann auf vermehrte Teilzeitarbeit und Berufsunterbrechungen von Frauen zurückgeführt werden. Aber selbst bei einer Betrachtung von ganzjährig Vollzeit-Beschäftigten betrug der Einkommensunterschied brutto noch immer mehr als 17%. Die geringere Integration von Frauen in den Arbeitsmarkt als „freiwillig“ und diesen Teil des Einkommensunterschiedes als „erklärbar“ und damit als gerechtfertigt abzutun wäre falsch, denn Teilzeitbeschäftigung und Berufsunterbrechungen aufgrund von Versorgungsarbeit sind bereits Ergebnisse einer geschlechtlichen Arbeitsteilung zu Lasten von Frauen. Frauen können durch die Übernahme von gesellschaftlich notwendiger, aber unbezahlter Arbeit nicht in gleicher Weise wie Männer am Erwerbsleben teilnehmen. Dies reduziert – neben anderen diskriminierenden Faktoren – ihr Erwerbseinkommen und damit ihre Beitragsleistungen beträchtlich und in späterer Folge auch ganz erheblich ihre Pensionsleistungen.

Pensionsleistungen zeigen das wahre Ausmaß der Geschlechtergleichheit

Erwerbsunterbrechungen, Teilzeitbeschäftigung und geschlechtsspezifische Einkommensunterschiede wirken sich – trotz der Anrechnung von Kindererziehungszeiten und seit 2014

auch von Pflegezeiten – direkt negativ auf die Pensionshöhe aus. Bei der Berechnung der Pensionen sind nämlich das vorangegangene (beitragspflichtige) Einkommen sowie das Ausmaß und die Dauer der Erwerbstätigkeit entscheidend. 2014 betrug die mittlere neuzuerkannte Alterspension von Frauen daher nur Euro 1.074, die der Männer Euro 2.070. Demnach erhielt

ZUR PERSON

Ingrid Mairhuber,
Politikwissenschaftlerin,
FORBA (Forschungs- und
Beratungsstelle Arbeitswelt)
mairhuber@forba.at

FOTO: MAIRHUBER



AUS SICHT VON FRAUEN MUSS DER BEGRIFF DER LEISTUNGSGERECHTIGKEIT ABER JEDENFALLS ERWEITERT WERDEN.

ten Frauen eine um 48% niedrigere Alterspension als Männer. Die Invaliditäts- bzw. Berufsunfähigkeitspension von Frauen machte gar nur Euro 828 aus, die der Männer Euro 1.309. Damit lag die Pensionsleistung von Frauen im Falle von Invalidität bzw. Erwerbsunfähigkeit unter dem Ausgleichszulagenrichtsatz für Alleinstehende (2014: 857,73 Euro). Dies bedeutet, dass viele Frauen im Alter von ihren Ehemännern, anderen Familienmitgliedern oder auch von weiteren Sozialleistungen abhängig sind.

Pensionskonto bringt weitere Verschlechterung

Zu bedenken ist, dass diese Pensionsleistungen zum Großteil noch auf einer Rechtslage beruhen, die für die zukünftigen PensionistInnen so nicht mehr gilt. Mit der vollen Wirksamkeit der Pensionsreform 2005 bzw. des Pensionskontos wirken sich die individuellen Erwerbs- und Einkommensverläufe noch stärker auf die Pensionshöhe aus. In Zukunft fließen nämlich alle Versicherungsjahre und damit auch alle Jahre einer Teilzeitbeschäftigung oder mit schlechterem Einkommen (etwa aufgrund von Arbeitslosigkeit) in die Pensionsberechnung mit ein. Erst nach 45 Beitragsjahren kann eine maximale Pensionsleistung von 80% der Bemessungsgrundlage erreicht werden. 2002/03 hatten aber nur 5,4% der

Frauen und 63,5% der Männer mehr als 40 Versicherungsjahre. Frauen – aber auch Männer – können diese Verschlechterungen eigentlich nur durch einen längeren Verbleib am Arbeitsmarkt wettmachen. Wie dies angesichts der anhaltenden Benachteiligungen von Frauen und der problematischen Arbeitsmarktsituation für Ältere tatsächlich möglich sein soll, bleibt die Frage. Das Ansparen für eine Zusatzpension ist für jene Frauen – und Männer –, die ohnedies nur über ein geringes Einkommen verfügen oder unstete Erwerbsverläufe aufweisen, keine realistische Option.

NICHT NUR BEITRAGSZAHLUNGEN AUFGRUND VON ERWERBSARBEIT, SONDERN AUCH DIE GESELLSCHAFTLICH NOTWENDIGE UNBEZAHLTE VERSORGUNGSARBEIT SOLLTE VERSTÄRKT GRUNDLAGE FÜR EINE LEISTUNGSGERECHTE UND ADÄQUATE ALTERSSICHERUNG SEIN.

Bausteine einer leistungsgerechten Alterssicherung

In pensionspolitischen Diskussionen ist immer wieder die Rede von „Leistungsgerechtigkeit“. Damit meinen ExpertInnen in der Regel, dass jene Personen, die mehr ins Pensionssystem einzahlen, auch mehr rausbekommen sollen.

Diesem Äquivalenzprinzip entspricht das österreichische Pensionskonto bereits weitgehend. Aus Sicht von Frauen muss der Begriff der Leistungsgerechtigkeit aber jedenfalls erweitert werden. Nicht nur Beitragszahlungen aufgrund von Erwerbsarbeit, sondern auch die gesellschaftlich notwendige aber unbezahlte Versorgungsarbeit sollte verstärkt Grundlage für eine leistungsgerechte und adäquate Alterssicherung sein. Dafür wären – neben Maßnahmen zur besseren Integration von Frauen in den Arbeitsmarkt und stärkerer Übernahme von Versorgungsarbeit durch Männer – auch Änderungen im Pensi-

onssystem selbst erforderlich. Eine höhere Bewertung von Kindererziehungs- und Pflegezeiten ist ebenso notwendig, wie eine Anrechnung von Zeiten, in denen Elternteilzeit in Anspruch genommen bzw. die Arbeitszeit aufgrund von Kinderbetreuung reduziert wird.

Syrische LehrerInnen für Österreichs Schulen

Der „Zertifikatslehrgang für LehrerInnen mit Fluchthintergrund“ macht's möglich

Halbzeit heißt es derzeit für 23 „LehrerInnen mit Fluchthintergrund“, die am Institut für Bildungswissenschaft der Universität Wien einen einjährigen „Zertifikatslehrgang“ absolvieren, um dann, im Herbst 2019, mit einem Sondervertrag in ihrem „Mangelfach“ und/oder als muttersprachlich Versierte in den regulären Schuldienst einzutreten. „Angebot“ und „Nachfrage“ treffen aufeinander, Europa weit sucht dieses partizipativ, unter Mitarbeit von TeilnehmerInnen entwickelte Projekt seinesgleichen. Die Hoffnung, dass es in Österreich eine Fortsetzung findet, ist groß, der Bedarf unübersehbar.

VON: ELISABETH OHNEMUS

Krieg oder Frieden, Leben oder Sterben: als Jomard Rasul bevorsteht, in die Armee von Baschar Hafiz al-Assad einrücken zu müssen, entscheidet er sich fürs Leben, für die Flucht aus seiner geschundenen syrischen Heimat. In der Türkei wird er aufgegriffen, sitzt im Gefängnis, wird nach Syrien zurückgeschickt. Neuerlicher Versuch. Diesmal kommt er bis Serbien, wird wieder aufgegriffen, wieder zurückgeschickt. Endlich, beim dritten Anlauf, gelingt die Flucht: 2013 erreicht er Österreich, sucht um Asyl an, erhält im Jahr darauf einen positiven Bescheid.

In Syrien hat Jomard Physik studiert, in der Schule unterrichtet. Das liegt nun schon einige Zeit zurück. Zuletzt,

in der Türkei, hatte er sich als Schneider verdingt, um zu überleben, jetzt, in Österreich, sucht er einen Weg zurück in seinen Beruf. Er will den Master-Abschluss in Physik machen – und steht an: es dauert, bis er die nötigen Sprachkurse zusammen hat, vor allem aber muss er einen existenzsichernden Job finden, denn: wenn er ein Studium beginnt, erhält er, der Asylberechtigte, keine Mindestsicherung mehr. Die Jobs sind rar und schlecht bezahlt. Bisher hat Jomard ehrenamtlich als Lehrkraft in Flüchtlings-Bildungsprojekten gearbeitet, die Vorstellung, in einer fremden Sprache zu studieren und gleichzeitig in unsicheren Niedriglohnjobs voll erwerbstätig zu sein, stresst ihn. Er überlegt, eine Lehre als Mechatroniker zu machen.

Da hört er von einem Freund, dass der gehört habe, dass im Rahmen des Postgraduate Centers der Universität Wien, am Institut für Bildungswissenschaft, ein Kurs geplant werde, der asylberechtigten LehrerInnen den Überstieg in den österreichischen Lehrbetrieb an Gymnasien und Neuen Mittelschulen ermöglichen soll. Jomard kann es kaum glauben: nicht nur, dass der „Zertifikatskurs für LehrerInnen mit Fluchthintergrund“ tatsächlich zustande kommt; nicht nur, dass er, Jomard, zu jenen 23 BewerberInnen zählt, die sich gegen 57 andere durchsetzen können: er, Jomard, wird bereits in die Entwicklung des Kurses mit einbezogen und prägt mit seinen Erfahrungen das Format entscheidend mit: „Das war mehr als Glück“, so Jomard: „Das war meine Rettung“.

Angekommen: Angebot trifft Nachfrage

Der Physiklehrer Jomard ist angekommen. Seit einigen Monaten unterrichtet er im Rahmen des Zertifikatskurses im Gymnasium in der Wiener Anton-Krieger-Gasse. Im Juni 2018 schließt er die einjährige Ausbildung ab und kann im Herbst 2019 mit einem befristeten Sondervertrag ein ordentliches Beschäftigungsverhältnis als Lehrer antreten, daneben mit dem Studium eines in Österreich verpflichtenden zweiten Unterrichtsfaches beginnen. Wer in Syrien LehrerIn werden möchte, stu-

diert nur ein einziges Fach – in der gleichen Zeitspanne, in der ÖsterreicherInnen zwei bis drei Fächer studieren. Für die Dauer des Kurses bezieht Jomard Mindestsicherung.

Das Modell des Wiener Zertifikatskurses für LehrerInnen mit Fluchthintergrund ist nicht nur einzigartig in Europa, es ist im Kern so schlüssig wie simpel: Angebot trifft Nachfrage. Als LehrerInnen bestens ausgebildete Flüchtlinge mit Berufserfahrung treffen in Österreich auf den dringenden Bedarf nach Lehrkräften in gewissen Mangelfächern sowie Lehrkräften mit Kenntnissen der Muttersprache von Flüchtlingskindern. Zu den Mangelfächern zählen etwa Physik und Mathematik oder, im Bereich von Neuen Mittelschulen, auch Fächer wie Kunsterziehung.

„Als im Herbst 2015 die große Flüchtlingswelle auf Österreich traf, hat der UNHCR festgestellt, dass sich doch relativ viele LehrerInnen unter den Ankommenden befinden“, berichtet Universitätsprofessor Gottfried Biewer, Vorstand am Institut für Bildungswissenschaft der Universität Wien. Der UNHCR trat an die Universität heran, das Institut für Bildungswissenschaft wurde schließlich mit der Fragestellung befasst, wie eine Integration dieser LehrerInnen in den Österreichischen Arbeitsmarkt funktionieren könne.

Offene Universität: Neue Lösungen angesichts neuer Herausforderungen

Für Christa Schnabl, Theologin und Vizerektorin für Studium und Lehre der Universität Wien, eine Selbstverständlichkeit: „Die Universität Wien ist als internationale Universität offen für WissenschaftlerInnen und Studierende aus aller Welt“, stellt sie grundsätzlich fest, und die Flüchtlingsbewegungen seit 2015 hätten „neue gesellschaftliche Herausforderungen“ aufgeworfen, die „neue Lösungen“ erforderten: „Gerade hier sah und sieht die Universität Wien ihre Verpflichtung, ihr ExpertInnenwissen mit Engagement einzubringen und



Besprechung mit den LehrgangsteilnehmerInnen in der Universität Wien:

Partizipation als Schlüssel zum Erfolg. FOTO: UNIVERSITÄT WIEN

einen Beitrag zur Entwicklung neuer Antworten zu leisten“. Der Zertifikatskurs für geflüchtete LehrerInnen sei neben anderen Initiativen ein Beitrag der Universität Wien in dieser Situation.

Faszinierendes Networking

Am meisten hat Bildungswissenschaftler Biewer beim Zustandekommen des Projekts „die Vielzahl der Organisationen fasziniert, die sich dafür vernetzt haben und teilweise über ihren Schatten gesprungen sind“. Die Universität kooperiert mit dem AMS Wien, dem AMS Niederösterreich und dem Stadtschulrat Wien, letzterer eingebunden in das Projekt „CORE – Integration im Zentrum“, das aus Mitteln des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung im Rahmen der „Urban Innovative Actions Initiative“ kofinanziert wird. Das Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres (BMEIA) trägt die Kosten für den Kurs.

Zunächst, so Biewer, der neben Projektleiterin Michelle Proyer die Lehrgangsgleitung inne hat, habe man sich die Voraussetzungen der geflüchteten Lehrkräfte angeschaut: „Die fachlichen Voraussetzungen waren ausgezeich-

net, was fehlte, waren das zweite Unterrichtsfach und gewisse pädagogische Grundlagen“. Daher die Entscheidung, die Praxis in den Mittelpunkt des einjährigen Zertifikatskurses zu stellen, das Arbeiten in vom Stadtschulrat vermittelten Schulen, die großes Interesse am Projekt zeigen. Begleitend finden weiter Deutschkurse statt, um das für den Kurszugang notwendige Sprachniveau von B2 auf C1 zu heben. Richtig angestellt und gearbeitet werden kann dann unmittelbar nach dem Kurs, parallel zum Studium des notwendigen Zweifaches.

Europaweit einzigartiges Modell der Integration

„Im Dezember 2016 bin ich mit Michelle Proyer ins Gespräch gekommen“, berichtet Jomard, „sie hat mich gefragt, ob ich mir vorstellen kann, bei der Entwicklung des Kurses mitzuarbeiten. Meine Kritik und meine Perspektiven waren ihr wichtig“. Wie hat Schule in Syrien funktioniert? Was ist hier, in Österreich, anders? Worauf ist im neuen pädagogischen Kontext zu achten? Was kann aus der eigenen Erfahrung eingebracht werden? Was brauchen geflüchtete Kinder an ös-



Jomard Rasul, Lehrgangsteilnehmer und Mitentwickler des Zertifikatslehrgangs: „Wir sind Beispiel und Motivation für SchülerInnen mit Fluchthintergrund.“

FOTO: JOMARD RASUL



Gottfried Biewer: „Am meisten fasziniert hat mich die Vernetzung unterschiedlichster Organisationen, die teilweise über ihren Schatten gesprungen sind.“

FOTO: ELISABETH OHNEMUS

FACTS

Ein Beitrag des ORF über das Projekt (TV-Sendung „Heimat fremde Heimat“) ist abrufbar unter:

<http://bildungswissenschaft.univie.ac.at/heilpaedagogik-und-inklusive-paedagogik/forschung/lehrkraefte-mit-fluchthintergrund/>

terreichischen Schulen? Was die Eltern dieser Kinder?

Vier Monate lang haben er, so Jomard, und zwei weitere Kollegen aus Syrien mit den österreichischen BildungswissenschaftlerInnen gearbeitet. Herausgekommen ist ein Konzept, das Europa weit einzigartig ist: „Auch in Schweden sind LehrerInnen mit Fluchthintergrund im Schuldienst beschäftigt worden, allerdings eher im Sinne muttersprachlicher Nachhilfekräfte“, so Jomard, zu wenig, um echte, effiziente Integration in das Arbeitsumfeld „Schule“ zu ermöglichen. Mittlerweile hat Jomard von den Wiener Erfahrungen bereits

in mehreren europäischen Ländern berichtet und den Ansatz des Zertifikatskurses vorgestellt.

Alles spricht dafür

Das Argumentarium für diesen Ansatz liefert er in wenigen Sätzen: „Wir als LehrerInnen können uns weiterentwickeln in unserem Beruf. Wir haben Arbeit. Wir bekommen die Chance, zu zeigen, dass wir etwas leisten können. Wir sind wichtige AnsprechpartnerInnen, kulturelle ÜbersetzerInnen für SchülerInnen mit Fluchthintergrund. Wir können mit den Eltern dieser SchülerInnen kommunizieren, die nicht so rasch Deutsch lernen. Wir sind Vorbilder, Motivation für SchülerInnen mit Fluchthintergrund, Beispiel dafür, dass man etwas erreichen kann“.

Auch zu außerschulischen Behörden wie etwa Jugendämtern oder die Kinder- und Jugendanwaltschaft bilden die LehrerInnen mit Fluchthintergrund wichtige Brücken. Und sie sind wesentliche KommunikatorInnen, wenn es darum geht, die Themen Flucht, Asyl und Migration in Klassen- und Schulverbänden zielgruppengerecht aufzuarbeiten und zugänglich zu machen. „Das hilft bei der Prävention von Radikalisierung, dem Aufkommen von Rassismen und stereotypen Vorurteilen kann so entgegengewirkt werden“ - auch im KollegInnenkreis, heißt es in einer Kurzinformation der Universität Wien zum Kurs.

Der Schlüssel zum Erfolg: Partizipation

Zum partizipativen Vorgehen bei der Entwicklung des Kurses hält das betreffende Papier fest: „Das Projekt kann richtungsweisend hinsichtlich der Involvierung von Menschen mit Fluchthintergrund in der bedarfsorientierten Entwicklung von Maßnahmen sein“. „Flüchtlinge mit Qualifikationen wie den unseren sind schon hier und da eingebunden in Projektarbeit mit anderen Flüchtlingen“, berichtet auch die Syrerin Marwa Sarah, in Damaskus an

der Akademie für Bildende Kunst ausgebildete Malerin sowie Absolventin der Universität für Angewandte Kunst in Wien, jetzt Zertifikatskurs-Teilnehmerin: „Es bleibt aber meist bei ehrenamtlichem Engagement“. Wie Jomard hat auch Marwa sich engagiert, hat etwa mit Flüchtlingsfrauen an der syrisch-türkischen Grenze Kreatives aus Recyclingmaterial geschaffen: „Aber wir sind nicht wirklich Teil solcher Maßnahmen. Hier, beim Zertifikatskurs, ist das anders.“

Marwa, seit 2013 in Österreich, stammt aus Homs, war zum Zeitpunkt der schweren Angriffe auf ihre Heimatstadt bereits zum Studium in Damaskus. Die Eltern folgten ihr als Binnenflüchtlinge, hatten wichtige Papiere der Tochter gerade noch retten und mitbringen können. Auf gut Glück hatte sich Marwa an der Angewandten in Wien beworben, war zu Aufnahmegesprächen nach Österreich gekommen. Sie blieb und suchte um Asyl an, bekam einen positiven Bescheid, absolvierte ihr Studium. Jetzt ist sie Unterrichtspraktikantin in einer Wiener NMS, unterrichtet Kunst, bildnerische Erziehung und Werken: „Ich liebe es, zu unterrichten. Und meine SchülerInnen merken das. Sie wollen nicht mal Pausen machen“, erzählt Marwa und strahlt: „Jeden Sonntag freue ich mich darauf, am Montag wieder in die Schule gehen zu können.“

Wie es weitergeht mit dem Projekt? Gottfried Biewer hofft mit seinem Team sehr, dass es eine Verlängerung, einen zweiten Kurs geben wird. Die Schulen melden Bedarf, die TeilnehmerInnen wahren ihre im Ausland erworbenen Kompetenzen und stellen sie hier, in ihrem Aufnahmeland, zur Verfügung. Jomard ist es explizit ein Anliegen, etwas „davon zurückzugeben“, was er an Chancen in Österreich erhalten hat - als ausgezeichnete, dringend gebrauchte Physiklehrer. Ob die aktuelle Regierung im Zuge ihrer Sparmaßnahmen die nötigen Rahmenbedingungen schafft?



ArbeiterInnen auf Bananenplantagen in Ecuador kämpfen für einen gerechten Kollektivvertrag
FOTO: KAB

Hilfe für ArbeiterInnen in Ecuador Solifonds der KAB unterstützt bei Rechtsstreit

VON: SUSANNE LOHER, SÜDWIND

ArbeiterInnen auf Bananenplantagen in Ecuador haben es schwer, für ihre Rechte zu kämpfen. Doch der Widerstand wächst. Zum Beispiel auf den Plantagen CEINCONSA in der Region El Oro, wo es zumindest gelungen ist, eine Betriebsgewerkschaft zu gründen. Allerdings werden sie seither massiv schikaniert und etliche Mitglieder entlassen. Sie konnten eine Klage einreichen wegen jahrelanger nicht gezahlter Sozialleistungen. Doch sie drohten daran zu scheitern, die Kosten für die

Gutachterin nicht aufzubringen und wandten sich verzweifelt an MitarbeiterInnen der Make fruit fair!-Kampagne in Österreich. Mit Unterstützung der KAB wurden von den KollegInnen 5000 Dollar geschickt, um die laufenden Prozesse und die Weiterverhandlung des Kollektivvertrags weiterzutreiben. Ein kleiner Beitrag im Kampf um die grundlegenden Arbeitsrechte in einem Bereich, wo Ausbeutung lange Tradition hat – angefeuert durch die Billigpreispolitik der europäischen Supermärkte.



www.freiersonntag.at



Der freie Sonntag ist unverzichtbar!
Er schafft Lebensqualität, individuell und für die ganze Gesellschaft!

Genießen Sie gemeinsame freie Zeiten in der Pfarre, mit ihrer Familie oder mit Freundinnen und Freunden. Stoßen Sie an auf den freien Sonntag und unterstützen Sie unsere Arbeit mit einer Spende von € 30,- *

* 20 Flaschen a 0,33l in einem Karton. In Kooperation mit der Brauerei Schlägl
Bestellung: info@freiersonntag.at

FACTS

Solidarität weltweit – Solidaritätsfonds

Solidarität für eine gerechtere Welt

Der Solidaritätsfonds ist eine Einrichtung der KAB. Wir treten ein für den Aufbau einer menschenwürdigen, gerechten Gesellschaft und stehen für ein gesellschaftspolitisches Engagement auf christlichem Hintergrund.

Mit dem Solidaritätsfonds stellen wir Mittel für den Auf- und Ausbau von ArbeitnehmerInnen-Bewegungen, deren Aktionen und Bildungsprojekte, in wirtschaftlich stark benachteiligten Ländern zur Verfügung.

Mit dem Solidaritätsfonds stärken wir die Interessen von ArbeitnehmerInnen, um ihre Lebens- und Arbeitsbedingungen vor Ort zu verbessern.

Mit dem Solidaritätsfonds unterstützen wir Bildungsarbeit für gerechtes Wirtschaften in einer solidarischen Welt.

Der Solidaritätsfonds der KABÖ wird gespeist aus Mitteln der diözesanen KABs.

Die Zeichen der Zeit wahrnehmen

Predigt von Margret Pittner über Aufgaben und Selbstverständnis der KAB

Auf Einladung von Karl Niederer, Pfarrer in Gösting, hat die stellvertretende Vorsitzende der KAB Steiermark, Margret Pittner, am 14. Jänner dieses Jahres eine Predigt gehalten, in der sie sich mit Aufgaben und Selbstverständnis der Katholischen ArbeitnehmerInnen-Bewegung sowie deren Aktivitäten und Rolle in den Pfarren auseinandersetzte. Im Folgenden die leicht gekürzte Predigt im Wortlaut. VON: MARGRET PITTNER

Das Zweite Vatikanische Konzil wurde mit der Pastoralkonstitution „Gaudium et Spes“ beschlossen. Ein Auftrag dabei lautete, die Zeichen der Zeit wahrzunehmen. Zur Erfüllung dieses Auftrages hat die Kirche die Pflicht, nach den Zeichen der Zeit (das ist die Realität, in der wir leben) zu forschen, sie im Licht des Evangeliums zu deuten und aus der Kraft des Evangeliums Antworten für das Leben zu finden.

Seit unserer Erschaffung sind wir zur Arbeit berufen. Es darf nicht sein, dass der technologische Fortschritt immer mehr die menschliche Arbeit verdrängt. Die Arbeit ist eine Notwendigkeit, sie ist Teil des Sinns unseres Lebens auf dieser Erde, ein Weg zur Reifung der menschlichen Entwicklung und persönlichen Verwirklichung.

Arbeit im Wandel

Immer rascher verändert sich unsere Welt – besonders die Arbeitswelt. Die Menschheit ist in eine neue Ära eingetreten: wir sind Erben von zwei Jahrhunderten enormer Entwicklungs- und Veränderungswellen. Der Begriff „Arbeit“ unterliegt einem radikalen Wandel. Neue Techniken, Computerarbeitsplätze, eine generelle Verschiebung zu hohen Qualitätsanforderungen werden begleitet von neuen Beschäftigungsformen wie z.B. freie Mitarbeit auf Werksvertragsbasis, Teilzeitarbeit, Leiharbeit, wechselnde, oft mehrere Arbeitsverhältnisse gleichzeitig, weil ein Job nicht ausreicht. Der Begriff Arbeit reicht aber auch weit über die reine Erwerbsarbeit hinaus. Hausarbeit, Kinderbetreuung, Pflege von Angehörigen aber auch ehrenamtliche Tätigkeiten sind wichtige Bestandteile.

Margret Pittner:
„Wir haben Visionen.“
FOTO: HANNES LABNER



Selbstverständlich sind die technischen Fortschritte mit ihren umfangreichen Möglichkeiten, Gutes zu tun, auch Grund zur Freude. Es gibt aber auch eine zweite Seite, nämlich dass dieser Fortschritt z.B. auch Arbeitsplätze kostet und wir dazu aufgefordert sind, neue Modelle der Erwerbstätigkeit – besonders für unsere Jugend oder für die vielen Arbeitslosen, die bereits älter als 50 sind - zu suchen.

Arbeit als Teil von Gottes Plan

Arbeit ist ein Teil von Gottes Plan für den Menschen. Und ein wesentlicher Teil unseres Lebens. Es ist wichtig, dass wir auch für diesen Teil das Evangelium als Grundlage sehen.

Es ist Gottes Wille, dass der Mensch arbeiten soll. Schon bei Mose im Buch Genesis können wir lesen: Und Gott der Herr nahm den Menschen und setzte ihn in den Garten Eden, dass er ihn bebaute und bewahrte. Die Fähigkeit zur Arbeit zu besitzen ist ein Privileg, das Gott uns eingeräumt hat. Wenn wir in der Lage sind, zu arbeiten, so sollten wir das niemals als selbstverständlich ansehen, sondern Gott dafür dankbar sein.

Ein weiterer Auftrag für uns Christen und Christinnen heißt: Sich der Schwachen annehmen.

Jesus identifiziert sich mit den Geringssten. Das erinnert uns daran, dass wir alle, die wir getauft sind, dazu berufen sind, uns um die Schwächsten dieser Erde zu kümmern.

KAB: Geschichte und Gegenwart

Wie sieht es nun aus mit der KAB? Die KAB entwickelte sich aus der KAJ – der Katholischen Arbeiterjugend, die von Kardinal Cardijn gegründet wurde. Wir sind eine der Erwachsenengliederungen der Katholischen Aktion und sehen das Christ-Sein am Arbeitsplatz als unseren Auftrag. Die Strukturen der KAB sind so angelegt, dass es eine Bundesleitung gibt, in der die Diözesen der einzelnen Bundesländer vertreten sind, die zweite Instanz ist die Diözesanleitung, deren Vorstand alle vier Jahre gewählt wird (derzeit ist der Vorsitzende Hannes Labner aus der Pfarre Andritz). Und auf pfarrlicher Ebene gibt es einige wenige Runden. Eine dieser Runden gibt es bei uns in Gösting. Wir treffen uns monatlich an jedem zwei-

ten Dienstag um 18 Uhr 30. Was tun wir? Solidarisches Handeln, Einsatz für Gerechtigkeit und gegenseitige Unterstützung sind einige der Ausdrucksformen für Christ-Sein am Arbeitsplatz. Dafür setzen wir uns ein, indem wir auf Ungerechtigkeiten hinweisen, gute Arbeit und Gerechtigkeit einfordern (z.B. mittels Leserbriefen). Wir nehmen zu politischen Aussagen Stellung und hinterfragen sie. Wir kämpfen für den freien Sonntag und orientieren uns an der Nachhaltigkeit, damit unseren Kindern eine menschenwürdige Umwelt erhalten bleibt. Unser wichtigster Grundsatz ist: Wir stellen den

Menschen in die Mitte. Nach diesem Grundsatz muss die Wirtschaft dem Menschen dienen und nicht umgekehrt. Unsere zentralen Zielsetzungen dabei sind: Menschen haben ein Recht auf Arbeit, müssen gerecht entlohnt werden, erwirtschaftete Gewinne und Überschüsse sind sozial gerecht zu verteilen und sowohl auf nationaler als auch internationaler Ebene muss es gerechte Wirtschaftsbeziehungen geben.

Visionen

Wir haben die Vision, dass Menschen dort, wo sie leben und arbeiten gerechte Verhältnisse vorfinden, dass die

Würde der Menschen auch am Arbeitsplatz gewahrt bleiben muss. Wir haben die Vision von einer Gesellschaft, in der Frauen und Männer gleichberechtigt und gleichbehandelt leben, von einer Politik, die den Rahmen schafft für ein freies, friedliches, gerechtes und demokratisches Miteinander, von einer Wirtschaft, in der Menschen im Mittelpunkt stehen, von einer Kirche, die aus den Quellen der Bibel schöpft und die so ein Ort der Hoffnung ist, von einer Kirche, die auch das Thema Arbeitswelt als ihren Auftrag sieht.

Dafür setzen wir uns ein.

KAB in Zeiten des Umbruchs

Studientagung zu drängenden Zukunftsfragen

Wie wirkt sich die zunehmende Digitalisierung heute schon in der Arbeitswelt aus? Wie lässt sich Familienleben mit der Flexibilisierung der Arbeitszeiten vereinbaren? Kommen Arbeitslose durch geplante Einsparungsmaßnahmen und Umschichtungen im Sozialstaat ungerechterweise noch mehr unter Druck? Werden Erfahrungen der Menschen in Beruf und Arbeit auch in zukünftigen kirchlichen Strukturen der Diözese einen Stellenwert in der kirchlichen Verkündigung haben? Mit diesen Fragen beschäftigte sich u.a. die Jänner-Studientagung der KAB der Diözese Graz-Seckau. VON: HANNES LABNER



Gut besuchter Studientag mit Kanonikus Hans Feischl u.a. FOTO: HANNES LABNER

An das Wort des Arbeiterpriesters und späteren Kardinals Joseph Cardijn von der Lebenserfahrung der Menschen als „fünftes Evangelium“ erinnerte der Geistliche Assistent der Katholischen Aktion Steiermark, Kanonikus Hans Feischl, in seinem Referat, bei dem er die TagungsteilnehmerInnen zum Hingehen zu den Menschen sowie zum Hinhören auf ihre Lebenssituation ermutigte.

Dass bei aller Bereitschaft zur Reform und Veränderung von derzeitigen Strukturen in Kirche und Gesellschaft auch Alt-Bewährtes und traditionelle Werthaltungen nicht aufzugeben seien, hatte auch KAB-Diözesanvorsitzender Johannes Labner in seinen Begrüßungsworten mit Hinweis auf die Schriften Cardijns und des derzeitigen Papstes Franziskus betont. Die Präsenz

von KAB-Aktivistinnen und -Aktivisten bei den Menschen in den Pfarren kam auch in den Berichten aus Leoben-Waasen und Graz-Gösting zum Ausdruck, die von Edda Mang und Margreth Pittner vorgetragen wurden. Informativ auch der Überblick über die KAB-Veranstaltungen des Vorjahres, die vom traditionellen 1. Mai-Gottesdienst bis zur Politikerdiskussion über die Zukunft des Sozialstaates im Vorfeld der Nationalratswahl reichten.

Unterstützung für notwendige Reformen und Aufbrüche in die Zukunft signalisiert die steirische KAB in den nächsten Monaten auch in Kooperation mit der Pfarre Graz-Andritz (Haberlandweg 17) mit den geplanten Sonntags-Begegnungen (s. S. 18), die zu Gespräch über den derzeitigen diözesanen Zukunftsprozess einladen.

Zukunfts-Dialog bei Sonntags-Begegnungen

Auch als Beitrag zum 800-Jahr-Jubiläum der Diözese Graz-Seckau verstand sich die gut besuchte Sonntags-Begegnung zum Thema „Zukunftsbild der Diözese“ am 28. Jänner im Andritzer Begegnungs-Centrum, zu der die KAB gemeinsam mit der Pfarre Graz-Andritz eingeladen hatte.

Tamara Strohmayer referierte über die Eckpunkte aus dem neuen Zukunftsbild. Die wesentlichen Fragen der anschließenden Diskussion: Wie können wir uns als ChristInnen in unsere Organisationen und die Politik einbringen? Wie können wir das Bild von Gott neu erklären und erfahrbar machen? Und nicht zuletzt: Wie schaffen wir es künftig, jene Menschen zu interessieren, die sich derzeit von Kirche nicht angesprochen fühlen?

TERMIN

Die nächste Sonntags-Begegnung findet am 29. 4. zum Thema „Vereinbarkeit von Familie und Berufsleben“ statt, 17 Uhr.

Information:

bernhard@possert.at bzw. johannes.labner@aon.at



Sonntags-Begegnung am 28. Jänner in Andritz.

FOTOS: HANNES LABNER

Christlich geht anders: Das Spiel

Eine Initiative der Katholischen Frauenbewegung Wien

Die Initiative „Christlich geht anders. Solidarische Antworten auf die soziale Frage“ und die Katholische Frauenbewegung Wien luden am 8. Jänner zum gesellschaftspolitischen Spieleabend in die Erzdiözese ein.

VON: MATHIAS KAUTZKY



Die Pummerin im direkt gegenüberliegenden Nordturm des Steffls hat schon viel gesehen. Aber so ein Treffen hat es am Stephansplatz seit ihrer Weihe im Jahr 1957 wohl noch nicht gegeben: VertreterInnen der Katholischen Aktion, der Ordensgemeinschaften, der Katholischen Frauenbewegung und der Katholischen ArbeitnehmerInnen-Bewegung waren samt vieler Interessierter gekommen, um das neue Gesellschaftsspiel „Christlich geht anders – Das Spiel“ kennenzulernen. Gebildet hat sich die Initiative „Christlich geht anders. Solidarischen Antworten auf die soziale Frage“ 2016 aus Einzelpersonen und VertreterInnen christlicher Organisationen, um zur gesellschaftlichen Lage Stellung zu beziehen und sozialer Ungerechtigkeit mit der Grundbotschaft des Christentums – Nächstenliebe und Gerechtigkeit – zu begegnen.

Gesellschaft spielen

Im Spiel erwüfeln die TeilnehmerInnen Aufgaben. Dabei müssen sie Begriffe pantomimisch darstellen, wie etwa „Solidarität“, Begriffe umschreiben, wie etwa „Sozialstaat“, oder über Aussagen diskutieren, wie etwa „Steuersenkungen bringen für alle mehr Geld“.

Die Begriffe stammen aus den formulierten Zielen der Initiative: Solidarität mit den Benachteiligten, Absicherung des Sozialstaats und ein gerechtes Steuersystem sind angesichts der aktuellen ökologischen und sozialen Herausforderungen wesentlich für ein gutes Leben für alle in Frieden und sozialer Gerechtigkeit.

Nächstenliebe und Gerechtigkeit sind gefragt

Hetze und Hass seien nicht nur abzulehnen, sondern man müsse diesen Entwicklungen entschieden entgegenzutreten. Gefragt seien Nächstenliebe, soziale Gerechtigkeit und die gleiche Würde aller Menschen. Am Schluss bemerkte ein Teilnehmer aus einer Pfarre, dass die Ziele von „Christlich geht anders“ fast ident sind mit dem Programm von Papst Franziskus: „Wenn wir unsere Gesellschaft zum Positiven verändern wollen: Wann, wenn nicht jetzt? Schließlich haben wir sogar den Papst auf unserer Seite!“

Mehr Informationen auf www.christlichgehtanders.at (dieser Beitrag ist zuerst erschienen in der Bezirkszeitung Innere Stadt/Wien, Ausgabe 4/2018)

Regierung soll nicht spalten

Steuersenkungen und gekürzte Sozialleistungen produzieren Armut

„Christlich geht anders“-Mitinitiator Stephan Schulmeister hob am 25.11.2017 beim KAB-Vikariatstag in Lanzenkirchen, die Notwendigkeit eines gut funktionierenden Sozialstaates hervor und wies auf Bedrohungen, insbesondere geplante Umverteilungen zugunsten der GutverdienerInnen, hin. Er meinte, dass die Aussagen der Regierungsparteien Auswirkungen befürchten lassen, die eine zunehmende Ungleichheit, ja eine Spaltung der Gesellschaft forcieren würden. Neoliberale Wirtschaftsideen spielten die Menschen gegeneinander aus und brächten eine Aushöhlung des Sozialstaates mit sich.



Stephan Schulmeister beim KAB-Vikariatstag. FOTO: KAB-WIEN

Als Beispiel nannte Schulmeister die Abschaffung der Körperschaftssteuer, die nur die obersten drei Prozent massiv entlaste. Und durch den sogenannten Steuerbonus auf jedes Kind würden nur die gut Verdienenden mit mehr als 2.500 Euro Bruttolohn entlastet. Damit werde der soziale Grundsatz, dass jedes Kind gleich viel wert sein soll, aufgeweicht. Tatsächlich geschieht dadurch eine Umverteilung von unten nach oben.

Christliches Menschenbild meint gleiche Würde aller Menschen

Das christliche Menschenbild, das von der gleichen Würde aller Menschen ausgeht, sollte auch für staatliche Leistungen im Rahmen der Bildungs- und Familienpolitik gelten, so Schulmeister. Die Politik müsse Wege finden, die gesellschaftliche Teilhabe und Integration für alle Menschen fördere und ermögliche.

Schulmeister griff auch die Debatte um die Kürzung der Kinderbeihilfe für

Kinder, die nicht in Österreich leben, auf. Dieses Vorhaben werde vorrangig Kinder von 24-Stunden-Betreuerinnen treffen. Wenn hier also mit Kürzungen angesetzt werde, ohne die Entlohnung zu erhöhen, so sei das ein Skandal, der diese Frauen und ihre Kinder empfindlich, ja existenziell treffen werde.

Innovation und Partizipation vonnöten

Der „Christlich geht anders“-Mitinitiator stellte einen direkten Bezug zwischen der Katholischen Soziallehre und dem europäischen Sozialstaatsmodell her. Er stellte zum Schluss die grundsätzliche Frage nach dem Guten Leben für alle, nach neuen Arbeitsmodellen und Arbeitszeitmodellen, und er betonte die Notwendigkeit, sich nicht entmündigen zu lassen, sondern sich einzumischen. Dies habe Papst Franziskus von verantwortungsvollen Christen und Christinnen eingefordert.

www.christlichgehtanders.at

ANKÜNDIGUNG

KAB-Fußwallfahrt unter dem Motto „Christlich geht anders“
16.-19. 5.2018
von Rodaun nach Mariazell

Die traditionelle, von der KAB geförderte und von KABlerInnen begleitete, Pilgerfahrt.

Wer sich auf das Erlebnis Fußwallfahrt einlassen will, eine Strecke von circa 120 km zu gehen vermag und dabei seinen Rucksack selbst tragen kann, ist dazu herzlichst eingeladen!

Unkostenbeitrag für die Organisation: € 15,00; Bus für die Rückfahrt: € 25,00
Da wir wieder viele Anmeldungen erwarten, bitten wir um Anmeldung bis 2. April 2018, an Ferdinand Friedl (ferdinandfriedl@aon.at, Tel: 0664-45 40 395), Paul Rubey (Tel: 0664-736 329 14) oder das KAB-Büro (ka.arbeitnehmer@edw.or.at).



Geschafft: Die KAB-PilgerInnen-Gruppe vom letzten Jahr. FOTO: FERDINAND FRIEDL



Franz Sieder
**Propheten in Kirche
und Sozialdemokratie**
Hrsg.
guernica-Verlag Linz, 2017
ISBN 978-3-9503578-8-2
Preis: € 15,-

Dieses Buch ist eine Sammlung von Beiträgen prominenter ZeitgenossInnen aus Österreich an der Schnittstelle von Sozialdemokratie und Kirche: Franz Sieder, ehemaliger Betriebsseelsorger in Amstetten und Mitglied des Vorstands der „Arbeitsgemeinschaft Christentum und Sozialdemokratie“ (ACUS) hat sie zusammengetragen und in dieser Publikation veröffentlicht. Er ermöglicht damit einen Rückblick auf 30 Jahre Diskurs zwischen Kirche und Sozialdemokratie, den ACUS angeregt und konsequent vorangetrieben hat.

Es sind Beiträge von „prophetischen Gestalten“, die Sieder versammelt hat: von Bruno Kreisky, Johann Baptist Metz, Erwin Ringel, Adam Schaff, Norbert Greinacher, Erwin Kräutler, Caspar Einem, Herlinde Pissarek-Hudelist, Peter Turrini, Kuno Füssel, Johanna Dohnal. „Die Propheten haben schon im Alten Testament die Menschen immer wieder aufgerüttelt und ihnen neue Wege gezeigt“, so Sieder im Klappentext des Buches: „Die kirchlichen und sozialdemokratischen Propheten in diesem Buch zeigen uns auch einen Weg für eine neue Identität von Kirche und Sozialdemokratie.“

Zum Kennenlernen bietet ZEITZEICHEN ein Schnupperabo an:

Bestellen Sie Ihr Gratis-Probeabo für 3 Ausgaben

per Post:

senden Sie Name und Bezugsadresse an:

ZeitZeichen, KABÖ,

Spiegelgasse 3/2/6, 1010 Wien

oder per E-Mail:

kab.office@kaoe.at



Zukunftsbudget 2017 – 2019, Hrsg.

Wege aus der Krise

(Allianz bestehend aus: Die Armutskonferenz, Attac Österreich, GLOBAL 2000, GPA-djp, Greenpeace, Katholische ArbeitnehmerInnen Bewegung Österreich, ÖH-Österreichische HochschülerInnenschaft Bundesvertretung, PRO-GE: die Produktionsgewerkschaft, SOS Mitmensch, VIDA - die Verkehrs- und Dienstleistungsgewerkschaft, Younion - Die Daseinsgewerkschaft)

Das Zukunftsbudget kann heruntergeladen werden auf:
www.wege-aus-der-krise.at

weitere Kontaktdaten:

<http://www.facebook.com/wege.aus.der.krise>

infos@wege-aus-der-krise.at

Mit dem Zukunftsbudget präsentiert die Allianz „Wege aus der Krise“ in regelmäßigen Abständen eine Alternative zur Steuer- und Budgetpolitik mit dem Ziel der sozialen Gerechtigkeit und ökologischen Nachhaltigkeit.